

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

33 (22.3.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Berechnungslage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.50 (inkl. RM — 30 Trägerrabatt, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp.-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanpreis RM 2.—, Amtl. Anzeigen 50% Nachsl.

2. Jahrgang / Nummer 33

Montag, den 23. März 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Existenz des Kontrollrates in Frage gestellt

Sokolowski beschuldigt die westlichen Alliierten — Sowjetische Delegation verläßt demonstrativ die Sitzung

Berlin, 21. März. (DENA.) Die sowjetische Delegation verließ am Samstag demonstrativ und für die übrige Delegation gänzlich unvermutet die 21. Sitzung des alliierten Kontrollrates, nachdem eine zuvor mit scharfen Worten geführte Debatte über die Londoner Dreierbesprechungen und das Prager Memorandum der Außenminister Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei zu keinem Ergebnis geführt hatte. Marshal Sokolowski beschuldigte die Militär-Gouverneure der Westzonen, die bestehenden Viermächte-Abkommen, verletzt und zerstört zu haben. Damit betonte der Kontrollrat als Regierungsorgan nicht mehr. Die sowjetische Delegation nahm durch ihren unverbergbaren Anbruch den Militär-Gouverneuren der westlichen Zonen die Gelegenheit, sich zu der von Marshal Sokolowski verlesenen Erklärung zu äußern.

Anlaß zu den scharfen Auseinandersetzungen hatte die Forderung Sokolowskis nach Auskunft über die Londoner Dreier-Besprechungen gegeben, die von den Gouverneuren der Westzonen mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß in London keine definitiven Beschlüsse gefaßt und die Beratungen auf April vertagt worden seien. Ferner seien sie von ihren Regierungen nicht zu Erklärungen der gewünschten Art ermächtigt worden. Marshal Sokolowski erwiderte, er erachte die Antworten der drei Westzonen-Befehlshaber als völlig unbefriedigend. Ihre Erklärung, daß anlässlich der Londoner Besprechungen keine formellen Zielsetzungen getroffen worden seien, stehe im Widerspruch zu dem im Anschluß an die Konferenz veröffentlichten Kommuniqué.

In Erwiderung einer Bemerkung Sokolowskis, daß die Militär-Gouverneure der Westzonen Schritte unternommen hätten, ohne den Kontrollrat offiziell davon zu verständigen, wie General Robertson auf die dem Kontrollrat nicht mitgeteilte Bildung einer Wirtschaftskommission in der Sowjetzone hin, auch seien ihm Mitteilungen zugegangen, wonach die SMA die Bildung einer Art von „Volksversammlung“ gefordert habe. Zu einer entsprechenden Äußerung Sokolowskis sagte General Robertson, er erwarte von Marshal Sokolowski kein Verbot des „Volkskongresses“, weil dies einem „Kindermord“ gleichkäme.

Marshal Sokolowski verlas dann eine „bereits gedruckte Erklärung“ in der er unter anderem sagte, er könne die selbständige Handlungsweise in den Westzonen nicht als legal betrachten. Die Übereinkommen der drei westlichen Militärregierungen liefen den Potsdamer Beschlüssen zuwider und veränderten

den friedlichen und demokratischen Wiederaufbau Deutschlands. Die Handlungsweise der Westzonen-Befehlshaber bedeute das „Begräbnis“ des Kontrollrates. Anschließend verließ die sowjetische Delegation demonstrativ die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung hatte Marshal Sokolowski auf der Erörterung eines Schreibens bestanden, das die Teilnehmer der Prager Außenministerkonferenz an den Kontrollrat und die Regierungen der alliierten Staaten gerichtet hatten. Die drei Westzonen-Befehlshaber lehnten eine Diskussion darüber mit dem Hinweis ab, daß dieses Memorandum bereits Gegenstand von Besprechungen bei den einzelnen Regierungen sei, daß es nicht auf Tatsachen beruhe und daß seine Erörterung höchstens der „Reklame“ dienen könne. Marshal Sokolowski bestand dann dennoch auf der Diskussion des Memorandums und beschuldigte die Westzonen-Befehlshaber, sie läßen im Kontrollrat nur mehr einen „passenden Vorhang“, hinter dem sie ihre eigene Politik trieben. Die Westzonen-Befehlshaber wandten sich energisch gegen diesen Vorwurf und die im gleichen Zusammenhang von Sokolowski erhobene Anschuldigung, daß ihre Maßnahmen nicht zum besten der deutschen Bevölkerung seien. Marshal Sokolowski zog daraufhin seinen Vorschlag zur Erörterung des Prager Memorandums von sich zurück.

Zwei Erklärungen Clays
Berlin, 21. März. (DENA.) Der amerikanische Militär-Gouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, erklärte unmittelbar nach der durch Marshal Wassili Sokolowski vorzeitig abgebrochenen Sitzung des alliierten Kontrollrates, die sowjetische Delegation habe „jüngstens eine Unhöflichkeit beabsichtigt.“ Es bliebe

abzuwarten, meinte Clay, ob das Verlassen des Kontrollrates durch die Sowjets ein Schritt von Dauer sei. General Clay äußerte am Samstag auf seiner wöchentlichen Stabsbesprechung zu der am Donnerstag von der LDP, CDU und SPD veranstalteten Gedächtnisfeier zur Märzrevolution von 1948 vor dem Berliner Reichstagsgebäude, die starke Teilnahme der Demonstration zeige, daß in Deutschland starke Kräfte bereit seien, „für Freiheit und wahre Demokratie zu kämpfen und auch zu sterben. Aus dem Mut jener Deutschen, die sich vor dem Reichstagsgebäude zu Freiheit und Demokratie bekannten, können wir Mut schöpfen“ sagte der General. Viele Tausend hätten Kälte und Regen nicht geschreckt, um ihren Glauben an die Demokratie zu bekennen. Viele von ihnen hätten Risiken in Kauf genommen und sich eventuellen Repressalien ausgesetzt.

Nur wenige Sachbearbeiter nach Paris
Frankfurt, 21. März. (DENA.) Der Vorsitzende des bilateralen Verwaltungsrates, Dr. Hermann Pflüger, erklärte hier auf seiner ersten Pressekonferenz, zu den Parteien Marshall-Plan-Besprechungen würden nur wenige Sachbearbeiter aus den Ämtern der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltungen entsandt werden. Diese Vertreter seien noch nicht namentlich bestimmt worden, jedoch werde der Verwaltungsrat voraussichtlich Anfang der Woche in seiner Direktrolleitung darüber entscheiden. Ein kleines technisches Büro werde die Sachverständigen nach Paris begleiten.

Gegen Teilnahme Deutschlands
Bad Nauheim, 21. März. (DENA.) Das politische Büro der französischen kommunistischen Partei wandte sich, wie der

französische Rundfunk meldet, in einem Kommuniqué gegen die Teilnahme Westdeutschlands an der Organisation eines westeuropäischen Blocks. Die kommunistische Partei Frankreichs, so heißt es in dem Kommuniqué, gebe der Erringung und Entrüstung des französischen Volkes über den Beschluß der Konferenz der 16 Marshall-Plan-Länder Ausdruck, Deutschland zur Organisation eines Westblocks zuzulassen, dessen militärischer und kriegerischer Charakter sich jeden Tag mehr offenbare.

Kulturfond für Kriegsgefangene
Stuttgart, 21. März. (SAZ.) Das Direktorium des Landerrates ermächtigte die Arbeitsgemeinschaft für kulturelle Aufgaben des Ausschusses für Kriegsgefangenenfragen, aus dem von den Ländern geschaffenen Fond von monatlich 10.000 Mark nach eigenem Ermessen Mittel für die geistige Betreuung von Heimkehrern und zivilen Arbeitern im Ausland, die ehemals Kriegsgefangene waren, zu verwenden.

US-Sanitätslager für Deutschland
Frankfurt a. M., 21. März. (AP.) Das Sanitätslager der US-Armee in Weinheim a. d. Bergstr., wird am 1. April an deutsche Behörden übergeben, gab das Zweimächtekontrollamt bekannt. Das Lager enthält Drogen und Arzneimittel, ärztliche Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände, Ausrüstungen und Hilfsmittel für Zahnärzte und Laboratorien, Röntgeneräte und Krankenhausesrichtungen in neuem oder neuwertigem Zustand. Nach Mitteilung des Kontrollamtes wird die biennale Wirtschaft für diese dringend benötigten Gegenstände 21 Prozent des ursprünglichen Preises von drei Millionen Dollar zu zahlen haben.

USA geben Teilungsplan für Palästina auf

Vereinigte Staaten, China und Frankreich für Treuhänderschaft

New York, 21. März. (DENA.) Der amerikanische Delegierte Warren Austin gab REUTER auf einer Sitzung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates offiziell bekannt, daß die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung des Palästina-Teilungsplanes zurückgezogen haben, und statt dessen eine vorübergehende Treuhänderschaft für ganz Palästina vorschlagen. China und Frankreich deuteten an, sie würden den amerikanischen Vorschlag unterstützen, während der sowjetische Delegierte Andrej Gromyko erklärte, der Vorschlag stehe im Gegensatz zur Resolution der Vollversammlung und er könne nicht endgültig dazu Stellung nehmen, bevor er nicht weitere Instruktionen von seiner Regierung erhalten habe.

Als Begründung des Umchwunges in der amerikanischen Haltung erklärte Austin, der Teilungsplan werde keinen Erfolg haben, wenn er nicht in allen Punkten durchgeführt werden könne. Es bestähe offensichtlich allgemeine Übereinstimmung, daß der Beschluß der Vollversammlung sich nicht mit friedlichen Mitteln durchführen lasse. Es müßten daher sofort Schritte unternommen werden, nicht nur, um den Frieden aufrecht zu erhalten, sondern auch, um den interessierten Parteien weiterhin Gelegenheit zu geben, sich über die künftige Verwaltung in Palästina zu einigen. Die amerikanische Regierung halte deshalb eine vorübergehende Treuhänderschaft für das gegebene. Dies bedeute keineswegs eine endgültige politische Regelung und greife den Rechten und Ansprüchen der betreffenden Parteien in keiner Weise vor.

Marshall zum Teilungsplan
Los Angeles, 21. März. (DENA-REUTER.) Der amerikanische Außenminister, George C. Marshall, erklärte, daß er selbst Präsident Truman vorgeschlagen habe, den Palästina-Teilungsplan nicht weiter zu unterstützen.

„Der Arbeiter ist nicht als Knecht geboren“

Arbeitsminister Kohl zum Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte

Karlsruhe, 21. März. (SAZ.) Vor den in der Durlacher Festhalle versammelten Betriebsräten gab auf Einladung des ADGB-Karlsruher Arbeitsminister Rudolf Kohl einen interessanten Bericht über seinen Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und das Bestreben der Unternehmer, sich dem von Minister selbst verfaßten Gesetzentwurf zu widersetzen. Der Redner, der nicht in parteipolitischen Interesse, sondern auf Wunsch der Gewerkschaften sprach, begründete ausführlich die moralische Berechtigung der Arbeitnehmer zur Mitbestimmung in den Betrieben. Die Arbeitskraft, gleichzeitig ob durch Hände oder Geld, sei als Kapitalinvestition zu werten und es gäbe unzählige Betriebe, die nicht vom Unternehmer selbst, sondern von seinen für ihn denkenden und handelnden Arbeitskräften entscheidend gelenkt würden. Keinem Arbeiter würde an der Wiege gesungen, daß er als Knecht geboren sei. Es sei unumgänglich, das Mitbestimmungsrecht gesetzlich zu fundieren, ohne erst auf eine bilaterale Reichsregierung zu warten, wie sie von den Gegnern der Vorlage verlangt würde.

Nach lebhafter Diskussion, in der Arbeitsamtsdirektor Konz zur Frage des Urlaubsgesetzes bekannt gab, daß dessen Gültigkeit bis zum 30. 4. verlängert worden sei, nahm die Versammlung eine Entscheidung folgenden Inhalts an: „Die Betriebsräte von Karlsruhe und Umgebung haben heute in einer Vollversammlung zu dem Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte Stellung genommen. Die Versammlung rüht an den Landtag das dringende Ersuchen, die Beratungen über dieses Gesetz baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.“

Abschließend betonte der Minister, daß es Aufgabe der Arbeiterschaft sei, die Gewerkschaften als ihren eigenen Machtfaktor zu stärken. Die Einheit der Gewerkschaften bedeute letzten Endes auch die Einheit Deutschlands. A. W.

„Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei“

Marshall fordert entschlossenes Vorgehen der Vereinigten Staaten

Los Angeles, 21. März. (DENA.) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte laut AFP vor der Universitäts von Kalifornien, die Vereinigten Staaten müßten entschlossen vorgehen, „um unsere Sicherheit zu schützen und unsere Zivilisation zu bewahren.“

Wie in seiner Rede am Freitag in der Berkeley-Universität, warf Marshall der Sowjetunion vor, daß sie alles tue, um die Wiedergewinnung Europas und die Bildung eines starken demokratischen und unabhängigen Europas zu behindern. Die Menschheit befinde sich heute erneut in einem Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei. Noch nie in der modernen Geschichte habe eine Nation so offen die ganze Verantwortung getragen wie die Vereinigten Staaten heute. Die internationale Lage stelle für die USA keine Angelegenheit zweitrangiger Bedeutung dar, weil mächtige Nationen Europas die amerikanische Anschauung von Zivilisation teilten und im Falle eines Krieges die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten bilden würden. Diese Nationen, betonte Marshall, seien heute zum gro-

ßen Teil geschwächt und einige seien durch den Krieg unterlegen worden. „Wir können nicht mehr darauf rechnen, daß andere Nationen beim Schutze unserer Zivilisation den ersten Anprall abwehren.“

Marshall wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten nicht untätig zusehen könnten, wie andere Nationen eine nach der anderen ihre Freiheit verlierten würden. Die Zusammenarbeit der 18 am europäischen Wiederaufbauprogramm beteiligten Nationen und des Brüsseler Abkommens seien der Beweis für die feste Knospenheit der freien Völker Europas, sich zur Verteidigung gegen jede Aggression und allen unautorisierten Bewegungen zusammenschließen und gleichzeitig ihre ganze Energie auf den gemeinsamen Wiederaufbau zu konzentrieren.

Obgleich sich die Vereinigten Staaten mit der Lage in Europa sowie in Indonesien, im Nahen Osten, China, Japan, Korea und den lateinamerikanischen Ländern befänden, seien ihre Mittel nicht unbeschränkt. Marshall unterstrich die Schwierigkeiten, die gegenwärtige Lage genau darzulegen, ohne die Gefühle des amerikanischen Volkes in Aufruhr zu bringen. „Es ist wichtig“, sagte er, „daß wir die Lage und die Probleme ruhig beurteilen, bis wir zu einem endgültigen Entschluß kommen, den wir ohne Zögern durchsetzen werden.“

Welt-Rundschau

WASHINGTON. (Dena-Reuters). Der außerpolitische Senatsschluß billigte eine weitere Hilfeleistung für Griechenland und die Türkei in Höhe von 25 Millionen Dollar.

NEW YORK. (Dena-INS). Vier Staaten des Mittelwestens wurden von Tornados heimgesucht, bei denen nach bisherigen Ermittlungen 42 Personen getötet wurden.

LONG BEACH (Kalifornien). (Dena-Reuters). Admiral Richard F. Whitehead erklärte hier, die amerikanische Marine-Luftstreitkräfte hätten für den Notfall mehr als 18 Flugzeugträger in Bereitschaft.

DEN HAAG. (Dena-INS). Das niederländische Parlament billigte gegen die Stimmen der Kommunisten eine Resolution, wonach von den kommunistischen Abgeordneten nicht mehr gestaltet ist, den asienpolitischen Parlamentsschluß anzugehen.

FRAG. (Dena). Klaus Mann, der Sohn Thomas Manns und bekannte deutsche Antifaschist, der gegenwärtig als Schriftsteller und Journalist in den USA lebt, ist laut CETEXA zu einem tätigen Besuch in der tschechoslowakischen Hauptstadt eingetroffen.

ROM. (Dena-INS). Eine Reihe von öffentlichen Kurvelektroden, die dazu bestimmt sind, die kommunistische Vorherrschaft bei den kommenden allgemeinen Wahlen in Italien einzudämmen, wurde vom Sender Boston aufgenommen.

AMMAN. (Dena-Reuters). Der neue anglo-irakische Vertrag wurde vom irakischen Premier und Außenminister Tawfik Pascha Abachda und dem britischen Gesandten, Sir A. S. Kirkbride, unterzeichnet.

unterstützen. Die jetzt von den Vereinigten Staaten gegenüber Palästina eingenommene Haltung sei ihm als der klügste Kurs erschienen, der eingeschlagen werden konnte.

Proklamation eines jüdischen Staats
Tel Aviv, 21. März. (AP.) Die gewählte Versammlung der Palästina-Juden, die Asafith Hanivcharim, ist angewiesen worden, am Dienstag in Tel Aviv zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht die Proklamation des jüdischen Staats und die Bildung eines provisorischen regierenden Rates für diesen Staat.

Schlacht um die Mandschurei
Nanking, 21. März. (DENA-REUTER). Eine chinesische kommunistische Angriffsarmee in Stärke von über 130.000 Mann ist, wie eine militärische Persönlichkeit der chinesischen Regierung bekanntgab, zum entscheidenden Großangriff auf die Hauptstadt der Mandschurei, Tschangtschun, zusammengezogen worden. General Lin Piao, der kommunistische Oberbefehlshaber an der mandschurischen Front, soll vor Tschangtschun fünf Korps mit je 20.000 Mann und drei selbständige Divisionen mit je 10.000 Mann haben.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN:
Stuttgart. (Dena). 551 Personen, davon 299 Männer und 177 Frauen, haben im Jahr 1947 in Württemberg-Baden Selbstmord verübt, teilte das Landratsamt für Kriminal-Erkennungsdienst und Polizeistatistik mit.

Stuttgart. (Dena). Fünf verschleppte Personen, die von amerikanischen Militärgeheimnissen in Württemberg-Baden zum Tode verurteilt wurden, sind, nach Bestätigung der Urteile durch General Lucius D. Clay in Landsberg am Lech hingerichtet worden.

Stuttgart. (ap). In Gppingen ist eine Typhus-Epidemie ausgebrochen; die Gesundheitsbehörden melden bereits 180 Erkrankungen. Das Wasser der Stadt wird mit Chlor desinfiziert.

München. (Dena). Die Landesleitung der SPD Bayern beschließt, in den früheren Reichstagen Balder von Schöberle in Kuchel (Oberbayern) eine Parteischule einzurichten.

Karlsruhe. (Dena). Auch im Landesbereich Nordbaden wird ein Aufstandslager für jetzt aus dem Heimatort ausgeworfene Tschadtschaken eingerichtet werden, teilte der Landesbeauftragte für das Flüchtlingswesen Nord-Baden mit.

Kassel. (Dena). Über 100 geleerte Straßenbahnen haben seit mehreren Jahren ohne Beschäftigung in Cisternen (Harr) und erhalten von Großbetrieben, die technisch geschulte Straßenbahner dringend suchen, keine Zuzugsgeschäftigung, teilte das Landratsamt Cassel-Teilstadt mit.

Kassel. (Dena). Über 100.000 Normalverbraucher haben ein Jahr lang von den fünf letzten Jahren durch Schwarzweiß in Korbwaren vertriebenen Getreide- und Kartoffelbrot leben können, geht aus einer Statistik des Kasseler Bezirksamtes hervor.

Dr. Clementis Außenminister

Prag, 21. März. (DENA). Dr. Vladimir Clementis ist, wie laut Reuter offiziell bekanntgegeben wurde, als Nachfolger des verstorbenen Jan Masaryk zum neuen tschechoslowakischen Außenminister ernannt worden.

USA prüfen Handelsbeziehungen

Washington, 21. März. (DENA-REUTER). Ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig die Auswirkungen und Verpflichtungen des General-Handelsabkommens im Lichte der letzten Entwicklungen in der Tschechoslowakei prüfen. Als das mögliche Ergebnis dieser Überprüfung wird die Aufhebung der amerikanischen Verpflichtungen im Rahmen des Handelsabkommens gegenüber der Tschechoslowakei angesehen. Dies werde auch mit dem Entschluß der Vereinigten Staaten im Einklang stehen, ihren Plan für ein Handels- und Freundschaftsabkommen mit der Tschechoslowakei nicht weiter zu verfolgen.

Für Rückgabe von Triest

Turin, 21. März. (DENA). Das Protokoll zur Bildung einer französisch-italienischen Zollunion ist am Samstag nachmittag laut AFP von Außenminister Graf Borza und Außenminister Bidault unterzeichnet worden. In einer Rede erklärte Bidault, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten hätten sich auf eine Rückgabe des Gebietes von Triest an Italien geeinigt und beschlossen, sich mit der Sowjetunion über diese Frage auszuhandeln.

SPD-Delegation in London

London, 21. März. (DENA). Die erste Sitzung der westeuropäischen sozialistischen Parteien über den Marshall-Plan fand laut AFP am Sonntag in Seidon in der Nähe von London statt. An den Besprechungen nahmen 47 Delegierte aus 13 europäischen Ländern teil. Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, der am Samstagabend in London eintraf, konnte infolge plötzlicher Erkrankung nicht an der Sitzung teilnehmen. Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der Partei, übernimmt in seiner Vertretung die Leitung der deutschen Delegation. Die Konferenz der sozialistischen Parteien Westeuropas beschloß einstimmig, einen Kongreß der Marshall-Plan annehmenden sozialistischen Parteien nach Paris einberufen zu lassen.

Sie haben noch nicht genug ...

Berlin, 21. März. (AP.) Auf Grund der in den sowjetisch lizenzierten deutschen Zeitungen verbreiteten TASS-Meldung über die angebliche Bildung eines deutschen 300.000 Mann-Heeres in den Westzonen, kommen in einer nicht absehbaren Folge junge Deutsche zur britischen Militärregierung, um sich freiwillig zum Heeresdienst zu melden, wie die Militärregierung in Berlin bekanntgab.

Um die Tatsachen in das richtige Licht zu bringen und dem Freiwilligenstrom ein Ende zu bereiten, gab die britische Militärregierung eine Erklärung heraus, in der die besagte TASS-Meldung als ein „absurdes Gerücht“ bezeichnet wird. „Trotz der Tatsache, daß General Clay diese lächerlichen Berichte kategorisch demontiert hat, scheinen einige Leute noch immer die phantastischen Lügen, die von der Presse der sozialistischen Einheitspartei veröffentlicht werden, zu glauben“ heißt es in der britischen Erklärung.

